

## Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

06.10.2025

**Drucksache** 19/8438

## Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 08.10.2025 – Auszug aus Drucksache 19/8438 –

Frage Nummer 4 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter Cemal Bozoğlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viele rechtsextremistische Vorfälle die Polizei in den Jahren 2024 und 2025 auf Volksfesten und Kirchweihen in Bayern aufgenommen hat (nach Regierungsbezirk, der Anzahl pro Regierungsbezirk und Straftatbestand aufschlüsseln), wie viele dieser Vorfälle zu einer Strafanzeige führten und wie die Staatsregierung die Kommunen bei der Verhinderung solcher rechtsextremer Vorfälle unterstützt?

## Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Die ersten beiden Teilfragen beziehen sich auf "rechtsextremistische Vorfälle auf Volksfesten und Kirchweihen in Bayern". Weder in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) noch dem Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch Motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) sind explizite, valide Rechercheparameter vorhanden, die eine automatisierte statistische Auswertung im Sinne der Fragestellung ermöglichen würden.

Hinsichtlich der dritten Teilfrage kann mitgeteilt werden, dass bereits im Jahr 2009 die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) als zentrale Informations- und Beratungsstelle der Staatsregierung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus eingerichtet wurde.

Zu den Kernaufgaben der BIGE gehört die Beratung von Kommunen. Sie steht als Ansprechpartner zur Verfügung und bietet vielfältige Informationen und Beratungsleistungen an. Im Vordergrund stehen hier die bessere Bewertungsmöglichkeit von Gefährdungs- und möglicherweise auch Gewaltpotenzial und geplante Aktivitäten extremistischer Strömungen vor Ort. Ausgehend von einer Analyse und Bewertung der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden und der Information und Aufklärung über regionale und überregionale Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, werden eine Fallanamnese zur Ermittlung des Beratungsbedarfs vor Ort mit Szenarien und Handlungsoptionen durchgeführt sowie Unterstützung bei der Umsetzung angeboten.

Die BIGE vernetzt verschiedene (auch zivilgesellschaftliche) Institutionen und trägt zu einem übergreifenden Informationsaustausch zwischen allen Betroffenen vor Ort bei.